

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 290 | 50. Woche | 78. Jahrgang | E 4504 A |

Donnerstag, 15. Dezember 2022

2,50 €

Die einzige Astronomin Afghanistans

Dem Himmel ganz nah

Amena Karimyan hat Ingenieurwesen studiert – doch ihre wahre Liebe gilt den Sternen. Nach der gefährlichen Flucht vor den Taliban strandete sie in Böblingen. Seite 16



Foto: Ines Rudek | Montage: Schüssler

Mars und Venus



Deutschland kann stabil und freundlich bleiben. Dazu braucht es aber innere Reformen.

Von Reiner Ruf

Angela Merkels Satz „Wir schaffen das“ hat seiner Urheberin in den Tagen der Flüchtlingskrise 2015/16 viel Ungemach bereitet. Die damalige Kanzlerin erfuhr Kritik, Wut und Häme im Übermaß. Etwas weniger Beachtung fand die kleine Schwester dieser Wortschöpfung. Wenn sie sich dafür entschuldigen sollen, sagte Merkel leicht mokant, „dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land“.

Es handelt sich um zwei Bemerkungen, die sich bei aller Trivialität ins kollektive Gedächtnis eingegraben haben. Sie sind geeignet, einen Zeitabschnitt von historischer Dimension auf den Begriff bringen. Mit den Geflüchteten aus der Ukraine aktualisiert sich die Flüchtlingskrise erneut. Die Zugangszahlen sind vergleichbar, allerdings werden die Ukrainer als Europäer wahrgenommen, die Furcht vor den Fremden ist geringer. Zudem gibt es Erfahrungen. Schon im Kaiserreich integrierten sich jede Menge Kowalkis, Koslowskis und Schimanskis in die deutschen Verhältnisse: Polen, die in den Kohlegruben und Stahlwerken tief im Westen Arbeit fanden. Der Zugang der Ukraine-Flüchtlinge ist Folge des russischen Krieges, der wiederum die Inflation aus der Kammer des Vergessens holte. Mühsam erarbeitete Ersparnisse schmelzen dahin. Kein Wunder, dass der aktuelle BaWü-Check eine anhaltend gedämpfte Stimmung konstatiert.

Allerdings enthüllt sich zusehends, dass sich die Sorgenlast in der Gesellschaft nicht annähernd gleichmäßig verteilt. Es existiert eine Scheidelinie, die jene Menschen, die sich auch in den Gefahrenlagen der Gegenwart wenig Sorgen machen müssen, von solchen Menschen trennt, deren Situation prekär ist. Rund die Hälfte der Gesellschaft ist mangels Rücklagen existenziell auf stabile Verhältnisse angewiesen. Das bedeutet: ein sicherer Job und eine robuste Währung.

Andere hingegen können weitermachen, als ob nichts wäre. Das gilt nicht nur für die Schicht der sehr Reichen mit dem Zugriff auf altes, durch die Finanzgesetze dieser Republik privilegiertes Vermögen, sondern bereits auch für viele junge Menschen, die dank der Aussicht auf ein Erbe in Form von Immobilien und Wertpapieren einer materiell bestens gesicherten Zukunft entgegenblicken. Auch die Beamtenschaft, zumal die höhere, befindet sich in einem Schonraum.

Der alte Gerhard Schröder mag sich mit seiner Putin-Verbundenheit zum Narren gemacht haben, als Kanzler bewies er mit seiner Agenda-Politik Mut. Damit schuf er die Grundlage für mehr als ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Stabilität. So etwas bräuhete es jetzt wieder, allerdings nicht mit Blick auf das Unten der Gesellschaft, sondern das Oben betreffend. Etwas mit einer Reform der Erbschaftsteuer. Stabilität gibt es nur dort, wo das Gefühl herrscht, dass es gerecht zugeht. Stabilität schafft ein Staat, der Handlungsfähigkeit zeigt. Kanzler Olaf Scholz hat dies mit dem Begriff der „Zeitenwende“ angezeigt. Allerdings bedarf der rhetorische „Ruck“ einer Entsprechung in der Realität.

Der US-Publizist Robert Kagan schrieb vor 20 Jahren, die Amerikaner kämen vom Mars, die Europäer von der Venus. Die Politik von Kanzlerin Merkel entsprach dieser These. Die Armee verfiel, gesellschaftlich schritt die Liberalisierung voran. Deutschland zeigte sein „freundliches Gesicht“. Das sollte es auch weiter tun, auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. So gut es eben geht. Trotz der Hinwendung zum Mars: der Aufrüstung um des Selbsterhalts willen. Putins Russland wird als Schurkenstaat in die Geschichte eingehen. Mit etwas Witz und Mut aber kann Deutschland im europäischen Verbund stabil bleiben und freundlich zugleich.

Weil der Stadt

Mord am Bahnhof: 76-Jähriger zu lebenslanger Haft verurteilt Seite 17

Hemmingen

Gemeinderat: Resolution gegen Pläne für Deponiestandort Seite 17

Leonberg und Umgebung

Krankes Personal, kranke Kinder – vielerorts nur Notbetreuung Seite 18

Benin-Objekte: Rückgabe besiegelt

STUTTGART. Fast genau 125 Jahre nach den Plünderungen im damaligen Königreich Benin gehören Dutzende wertvolle Kunstobjekte aus der Sammlung des Stuttgarter Linden-Museums wieder dem westafrikanischen Nigeria, zu dem die Region Benin heute gehört. Die Eigentumsrechte für die insgesamt 70 Objekte sind am Mittwoch von Baden-Württemberg an Nigeria übertragen worden. Rund ein Drittel der zu übertragenden Objekte bleiben als Leihgabe zunächst für zehn Jahre im Stuttgarter Museum. dpa – Bericht und Kommentar Seite 32

BaWü-Check: Mit Skepsis ins neue Jahr

Eine Umfrage der Südwestverlage zeigt, dass die Stimmung im Land gedämpft ist. Das Thema Flüchtlinge steht aber nicht im Mittelpunkt.

Von Kai Holoch

Die hohe Inflationsrate, der Krieg in der Ukraine und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Land dämpfen kurz vor Weihnachten die Stimmung der Bürger in Baden-Württemberg. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat.

Zwar haben sich laut BaWü-Check viele Menschen ein wenig an die Krisensituation gewöhnt. So ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die ausgeprägte Befürchtungen für die kommenden zwölf Monaten haben, von etwa 38 auf 31,4 Prozent gesunken. Das führt aber nicht zu einem Anstieg bei der Zahl derjenigen, die mit Hoffnungen ins kommende Jahr gehen. Nach wie vor verharrt dieser Wert bei gut 21 Prozent.

Besonders geringe Hoffnungen haben mit 15,7 Prozent Frauen und mit 17,6 Prozent Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Immerhin sind 27 Prozent der Männer und rund 29 Prozent der unter 30-Jährigen optimistisch gestimmt. Derweil ist die Schar der Skeptiker deutlich größer geworden: Zählten die Meinungsforscher im August noch 29 Prozent der Baden-Württemberger zu dieser Gruppe, so sind es nun bereits mehr als 35 Prozent.

Allerdings gibt es ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur etwa 27 Prozent der Befragten stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, gut 48 Prozent sehen die Arbeit der Landesregierung in diesem Bereich kritisch. Die jüngste Ausgabe des BaWü-Checks zeigt aber auch, dass es nach wie vor großes Verständnis für die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine gibt – und dass die Bereitschaft, sie aufzunehmen, rund zehn Monate nach dem Kriegsbeginn zwar langsam abnimmt, aber immer noch beachtlich groß ist. Selbst die Tatsache, dass für die Flüchtlingsunterbringung wieder Sporthallen genutzt werden müssen, stößt auf vergleichsweise breites Verständnis. Und immer noch könnte sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung vorstellen, Flüchtlinge aus der Ukraine in der eigenen Wohnung zumindest vorübergehend aufzunehmen.

Anders als bei der Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 halten sich die Sorgen also in Grenzen. Die Umfrage deutet darauf hin, dass sich momentan nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Bürger im Land intensiver mit dem Flüchtlingsthema auseinandersetzt, so die Allensbacher Forscher. Die ermittelten Werte seien auch ein Indiz dafür, dass die Bevölkerung im Moment von ganz anderen Themen und Sorgen absorbiert sei. – Bürger nur begrenzt beunruhigt Seite 5 – Städtetag setzt Hilferuf ab Seite 6



Netzagenturchef ruft zum Gassparen auf

STUTTGART. Die Wirtschaft hadert mit der staatlichen Entlastung von den hohen Energiekosten. „Wir brauchen dringend umfassendere, passgenauere und unbürokratische Strom- und Gaspreisbremsen“, so ein Sprecher der Unternehmer Baden-Württemberg. Jüngster Aufreger: Wer um mehr als 50 Millionen Euro entlastet wird, darf keine Dividende und Boni auszahlen. Derweil hinterlässt das Winterwetter Spuren an den Beständen der staatlichen Gasspeicher. Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ruft nachdrücklich zum Energiesparen auf. „Gehen Sie achtsam mit dem Gasverbrauch um.“ ms – Dividende bei Daimler nicht in Gefahr Seite 9

Hauptlast bei Müttern

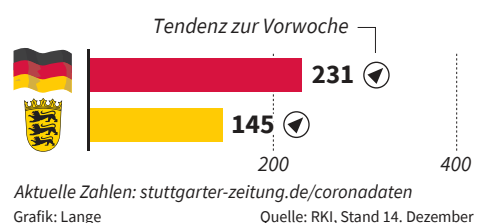
WIESBADEN. Auch 15 Jahre nach Start von Elternzeit und Elterngeld liegt die Hauptlast von Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit fast immer bei den Müttern. Dies zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Die allermeisten Väter, die in Elternzeit gehen, nehmen demnach nur zwei Vätermonate. Seiten 3, 6

Spiegelglatte Straßen

STUTTGART/FREIBURG. Schnee und Glatteis haben im Land chaotische Zustände ausgelöst. Auf den Straßen gab es landesweit Hunderte Verkehrsunfälle. Besonders schlimm sah es in Südbaden aus: Weil Kliniken wegen der vielen Unfälle überfüllt waren, bauten Rettungskräfte einen Behandlungsplatz in der Freiburger Messehalle auf. Lokalteil

Corona: 7-Tage-Inzidenzen

Bestätigte Neuinfektionen je 100 000 Einwohner



Wetter Seite 28



Börse Seiten 12, 13

● Dax 14 460,20 Punkte (-0,26 %)
● Dow Jones 33 966,35 Punkte (-0,42 %)
● Euro 1,0649 Dollar (Vortag: 1,0545)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Luff



Mehr Gewicht!

Hetz-Tweets müssen gelöscht werden

Betroffene können vom Kurznachrichtendienst Twitter verlangen, dass falsche oder ehrverletzende Tweets über sie gelöscht werden. Das hat das Landgericht Frankfurt klargestellt. „Die Entscheidung zeigt, das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagte die Vorsitzende Richterin. Geklagt hatte der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Michael Blume (CDU). Ihm war von einem rechten israelischen Journalisten, von dem er sich seit Jahren gestalkt fühlt, auf Twitter „eine Nähe zur Pädophilie“ und ein „Seitensprung“ vorgeworfen worden. Zudem wurde in den Kommentaren verbreitet, er sei in „antisemitische Skandale“ verstrickt und „Teil eines antisemitischen Packs“.

Die zuständige Pressekammer stellte in dem Eilverfahren nun fest, dass diese ehrenrührigen Behauptungen unwahr seien. Die Bezeichnung als Antisemit sei zwar zunächst eine Meinungsäu-

Der Beauftragte für Antisemitismus im Land hat vor Gericht einen Erfolg erzielt.
Von Eberhard Wein

ßerung. Sie sei aber jedenfalls in dem gewählten Kontext rechtswidrig, denn sie trage nicht zur öffentlichen Meinungsbildung bei und ziele erkennbar darauf ab, Stimmung gegen den Antisemitismusbeauftragten zu machen. Nachdem Blume die Entfernung der Kommentare verlangt habe, hätte Twitter sie unverzüglich löschen müssen. „Das Unterlassungsgebot greift nicht nur dann, wenn eine Äußerung wortgleich wiederholt wird, sondern auch, wenn die darin enthaltenen Mitteilungen sinngemäß erneut veröffentlicht werden.“

Blume sagte, er hoffe, dass nun auch andere Trolling-Opfer den Mut fassten, sich zu wehren. Sein Anwalt betonte, der Rechtsweg sei noch lang. Dennoch müsse Twitter nun hohe Ordnungsgelder und sogar Ordnungshaft für Manager befürchten. Twitter hatte im Verfahren erklärt, eine Moderation sei ein zu großer Aufwand. Das Urteil (AZ: 2-03 O 325/22) ist noch nicht rechtskräftig.

